



Liebe Leserinnen und Leser,

am 27. Januar 1945 befreiten Einheiten der Roten Armee die letzten überlebenden Insassen des deutschen Vernichtungslagers in Auschwitz. Schreckliche Bilder haben sich den Soldaten geboten, unvorstellbare Schicksale wurden ihnen und der Welt offenbar. Nie dürfen wir die Opfer vergessen und diese Schuld verdrängen.

Seit 1996 ist der 27. Januar unser nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Wir sind dankbar, dass und wie Bundespräsident Joachim Gauck an diesem Tag im Deutschen Bundestag die unauslöschliche deutsche Verantwortung mit dem bis heute andauernden Leid der Opfer verknüpft hat. Eindrücklich wies der Bundespräsident darauf hin, dass es keine deutsche Identität ohne Auschwitz gebe. Und weiter: „Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“

Wir alle sind aufgerufen, für Frieden und Völkerverständigung einzutreten. In diesem Sinne hat sich unser Land neu gefunden als europäisches, weltoffenes Land, das politisch Verfolgten Zuflucht gewährt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

KURZ UND BÜNDIG

18.1. Neujahrsempfang der Volkswagen Financial Services AG in Braunschweig

25.1. Braunkohlwanderung des CDU-Gemeindeverbands Cremlingen

26.1. Gespräch mit dem DGB zum Thema „Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ und zum Thema SUP

DABEI SEIN – TERMINE

7.2. Ab 19:11 Uhr Prunksitzung des Elber Carneval Vereins in der Gaststätte Woltmann/Schiller, Baddeckenstedt

7.2. Ab 19:11 Uhr Prunksitzung des Elber Carneval Vereins in der Gaststätte Woltmann/Schiller, Baddeckenstedt

8.2. Ab 7:30 Uhr Karnevalsumzug in Abbenrode und ab 11:11 Uhr Narrenfrühstück

10.2. 9 bis 11 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Wolfenbüttel



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 26. bis 30. Januar

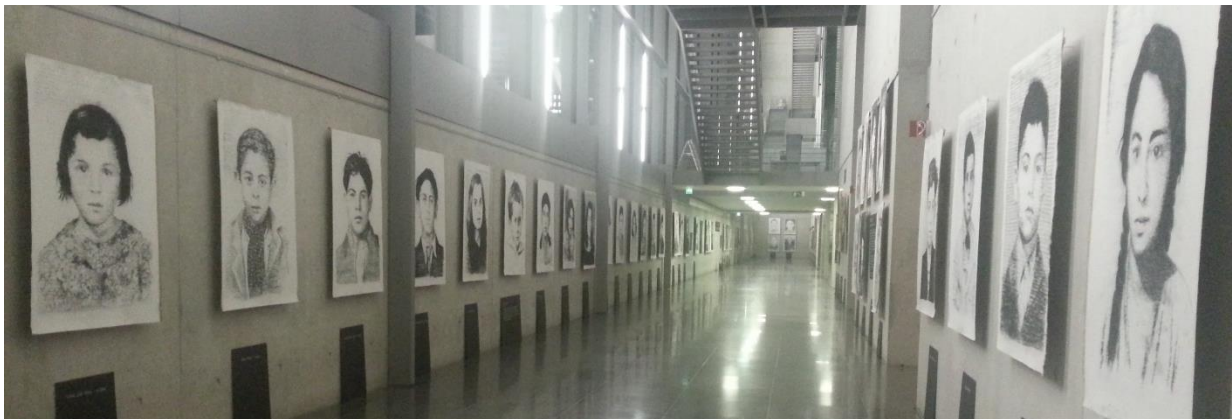
Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2015 – Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft. Trotz der weiter schwelenden geopolitischen Risiken gewinnt das deutsche Wirtschaftswachstum unter der unionsgeführten Bundesregierung wieder an Dynamik. Die entscheidenden Antriebskräfte sind ein starker Arbeitsmarkt und steigende verfügbare Einkommen. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr hat Deutschland zum achten Mal in Folge einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht – und die hohe Zahl offener Stellen weist auf weiter steigende Arbeitsnachfrage hin.

Erfreulich ist, dass unser Koalitionspartner inzwischen die Bedeutung von Struktur-reformen in Deutschland und Europa anerkennt. Denn Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn die unternehmerischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Ebenso freuen wir uns darüber, die SPD auch mittelfristig überzeugt zu haben, keine neuen Schulden aufzunehmen.

Konsens konnte die Bundesregierung insbesondere darüber herstellen, eine mittelstandsfriendly ausgestaltete Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhalten, die kalte Progression möglichst in dieser Wahlperiode

zu mildern, mit einem Tarifeinheitengesetz Tarifkollisionen aufzulösen, flexiblere Beschäftigungsoptionen im Alter zu prüfen, und vor allem die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) erfolgreich abschließen zu wollen. Gepaart mit sinnvollen Zukunftsinvestitionen werden diese Maßnahmen nachhaltig zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.

Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Mit dem Gesetzentwurf, der in die erste Lesung ging, setzen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Regelung um. In diesem Zusammenhang debattierten wir zudem den Zweiten Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Bundesgleichstellungsgesetz (Berichtszeitraum: 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009) und den Fünften Gremienbericht der Bundesregierung zum Bundesgremienbesetzungsgesetz (Berichtszeitraum: 30. Juni 2005 bis 30. Juni 2009). Beide Berichte weisen den noch immer zu geringen Frauenanteil insbesondere in höheren Führungspositionen der Bundesverwaltung wie auch in den durch die Bundesregierung zu besetzenden Gremien auf. Weil von dieser gesetzlichen Regelung die betriebliche Mitbestimmung betroffen ist, begleite ich aktiv den Gesetzgebungsprozess.



Mit zwei Ausstellungen im Paul-Löbe-Haus wird bis zum 27. Februar an Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Sehr bedrückend sind die Kohlezeichnungen von Kindern und Jugendlichen, zu denen es teilweise nähere biographische Angaben gibt. „Zeichnen gegen das Vergessen“ – Informationen hierüber gibt es unter: <http://zeichnen-gegen-das-vergessen.de/zeitzeugen.html>



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Rede im Plenum. Zu einem Antrag der Grünen, in dem mehr Betriebsräte und eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetz gefordert werden, bezog ich in einer Rede Stellung. Generell ist das Ansinnen zu unterstützen, weil der Anteil von Betrieben mit Betriebsrat sehr von der Betriebsgröße abhängt: Nahezu 90 Prozent der Betriebe mit über 500 Beschäftigten haben einen Betriebsrat, während es bei Betrieben mit 5 bis 50 Beschäftigten nur sechs Prozent sind.

Ob es jedoch durch die von den Grünen beantragte Gesetzesänderung zu mehr Betriebsratsgründungen kommt ist fraglich. Darüber hinaus sind im Betriebsverfassungsgesetz hinreichend Regelungen zum Schutz der Betriebsratswahlen und Betriebsräte vorhanden.

Für mich als ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden ist es eine Herzensangelegenheit, für Betriebsratsgründungen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu werben. Denn ich bin überzeugt davon, dass Betriebsräte eine wichtige Rolle in unserer Sozialen Marktwirtschaft spielen.

Und mit dieser Überzeugung fühle ich mich in der Union gut aufgehoben. Es waren nämlich Christdemokraten und von ihnen geführte Bundesregierungen, die die deutsche Mitbestimmung entscheidend prägten.



Auf dem Weg zum Rednerpult. Rechts im Bild ist eine Saaldienerin zu sehen. Erst seit 1989 gibt es Frauen im Frackkostüm.

Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Wir unterstützten den Antrag der Bundesregierung, erstmals eine Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung von irakischen Sicherheitskräften zuzulassen. Bei dem Einsatz sollen sowohl Kräfte der Region Kurdistan-Irak als auch die irakischen Streitkräfte berücksichtigt werden. Bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr sollen zunächst bis zum 31. Januar 2016 eingesetzt werden können. Auf diese Weise trägt Deutschland zum Kampf gegen die Terrororganisation „IS“ bei, die nach einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt. Die Hilfe aus Deutschland ist gerade in der Region Kurdistan-Irak sehr gesucht. Sie ist eingebettet in ein umfassendes Programm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur humanitären Nothilfe und zur Ausrüstungshilfe.

Fortsetzung des Türkei-Einsatzes. Angesichts des eskalierenden Bürgerkrieges und der zunehmenden Bedrohung durch die Terrororganisation „IS“ besteht weiter das Risiko, dass der Konflikt in Syrien auf die benachbarte Türkei ausgreift. Zwar ist die Bedrohung durch ballistische Kurzstreckenraketen nach der Vernichtung des syrischen Chemiewaffenpotentials gesunken; allerdings können diese Raketen weiterhin nahezu das gesamte türkische Staatsgebiet erreichen. Da die Türkei selbst keine Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen hat, leistet die Bundeswehr im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung weiterhin einen wichtigen Dienst in der NATO-Mission „Active Fence“. Wir stimmten daher der Verlängerung des deutschen Beitrags in dieser Mission zu, für den bis zu 400 Soldaten eingesetzt werden können.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr. Der Entwurf, den wir in erster Lesung berieten, sieht 22 konkrete Einzelmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr vor. Drei Kernbereiche der Streitkräfte sind hiervon berührt: die Arbeitsbedingungen, die Vergütungen und die sozialen Absicherungen. So wollen wir sicherstellen, dass der Dienst in unseren Streitkräften weiterhin eine ausreichende Anzahl von Bewerbern anspricht.

Mittendrin im Wahlkreis 49 17. bis 25. Januar

Anti-Pegida in Braunschweig. Am 19. Januar fand in Braunschweig die Demonstration des Pegida-Ablegers (Bragida) statt. Grund genug, dem entschieden entgegenzutreten: Aus der gesamten Region reisten tausende Teilnehmer zur Gegendemonstration an, um für eine tolerante Region zu demonstrieren. Es war mir wichtig, gemeinsam mit meinen CDU-Kollegen am Montag zu zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Misstrauen gegenüber Andersgläubigen hier keinen Platz haben!

Klausurtagung Walsrode. Vergangenes Wochenende nahm ich an der CDU-Landesvorstandsklausur in Walsrode teil. Dort wurden die politische Jahresplanung, die Parteireform sowie die weitere inhaltliche Erneuerung der Partei in den Fokus genommen. Mit Generalsekretär Peter Tauber haben wir intensiv über die Reformen unserer Parteilinie und über seinen Vorschlag für ein Zuwanderungsgesetz diskutiert.

Gemeinsame Sitzung der CDU-Kreistagsfraktionsvorstände aus Helmstedt und Wolfenbüttel. Ein so grundsätzliches Thema wie die Fusion zweier Landkreise bedarf zur Entscheidungsvorbereitung für die Kreistage schriftlicher Vorlagen durch die Kreisverwaltungen. In diesen Vorlagen ist der Prozess zur Entscheidungsfindung über das Ob und ggf. das Wie als Vorschlag der Verwaltung für alle Kreistagsmitglieder darzustellen, damit auch mit Sinn abgestimmt werden kann. Es ist ein Unding, dass wesentliche Informationen nicht als

Vorlagen den normalen Weg durch die Gremien gehen. Bei Entscheidungsprozessen, deren Auswirkungen die Einwohner beider Landkreise ganz konkret betreffen, wenn es zu einer Fusion käme, darf nichts hinter verschlossenen Türen geschehen. Wir, die CDU-Kreistagsfraktionen in Helmstedt und Wolfenbüttel, fordern ein transparentes Vorgehen bei Informations- und Entscheidungsprozessen bezüglich einer möglichen Fusion der Landkreise.

Neujahrsempfang der CDA Braunschweig. Beim Neujahrsempfang der CDA Braunschweig im Waldhaus Ölper war ich dieses Jahr als Redner geladen. Ich berichtete über die aktuelle politische Lage und setzte insbesondere einen Fokus auf den Themenbereich Arbeit und Soziales. Der Neujahrsempfang war eine gelungene Veranstaltung mit guten Gesprächen.



V.l.: Elisabeth Heister-Neumann, Elke Großer, Burkhard Beese, Dorothea Dannehl, Michael Wolff, Uwe Lagosky und Klaus Hantelmann



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Arbeits- und Sozialausschuss des Bundestages besucht Wolfsburger VW-Werk. Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales besuchte das Volkswagen-Werk in Wolfsburg. Meine Ausschusskollegen und ich wollten uns vor Ort über die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, über den Umgang mit Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Tarifvereinbarungen informieren.

In Empfang genommen wurden wir von VW-Vorstand Horst Neumann. Der Generalbevollmächtigte Thomas Steg und Stephan Wolf, stellvertretender Konzern- und Gesamtbetriebsrat der Volkswagen AG, gaben einen Überblick über die Personalentwicklung der letzten Jahre. Volkswagen organisiert das Geschäft mit der Zeitarbeit über ein gemeinsames Tochterunternehmen: der AutoVision GmbH und Wolfsburg AG. Da wir im Bundestag die Leiharbeit und Werkverträge neu regulieren wollen, war dieser Tag sehr interessant und ein guter Ideengeber.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Bei den Mehrgenerationenhäusern die von der Union geschaffenen Strukturen erhalten. Die Fortführung der Bundesförderung in diesem Jahr ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich begrüße sehr, dass der Bund bereit ist, die von CDU und CSU initiierten Mehrgenerationenhäuser (MGH) unter bestimmten Voraussetzungen dauerhaft zu fördern. Dies ist ein wichtiges Signal an die Kommunen und die Betreiber der MGH, allen voran das SOS-Mütterzentrum in Salzgitter-Bad. Das Bundesfamilienministerium ist jetzt jedoch gefordert, rechtzeitig ein tragfähiges Konzept vorzulegen, um die guten Aussichten tatsächlich in einer Planungssicherheit münden zu lassen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU